DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Oktober 10/1998

Die Arbeit für eine „andere Politik“ kann beginnen

Die CDU/CSU-FDP-Regierung, die Kohl, Kanther, Rühe und Co. – diese Alpträume verursachenden Überwachungs-, Abschiebe- und Kriegsminister sind am 27. September abgewählt worden. Die neonazistischen Kräfte in DVU, NPD und REP haben ihre hochgesteckten Ziele nicht erreicht. Unsere VVN-BdA hat mit ihrer Orientierung: „Keine Rechten ins Parlament“ zu dem Erfolg aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit Flugblattverteilungen und Infoständen in Gröpelingen ihren – wenn auch bescheidenen Beitrag - geleistet. Wir danken allen Kameradinnen und Kameraden, die aktiv daran teilgenommen haben.

Der Landesvorstand der VVN-BdA begrüßt den außerordentlichen Erfolg der SPD, den Wiedereinzug der Grünen ins Parlament. Sie beglückwünscht die PDS, daß sie trotz Anfeindungen von allen Parteien die 5%-Hürde überspringen konnte und mit Fraktionsstärke im Bundestag vertreten ist.

Damit ist die Bildung einer stabilen Mehrheitsregierung von SPD und Grünen möglich und was wichtiger ist: auch der von einer großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler geforderte Politik-Wechsel.

Ohne Zweifel spielte die Aussicht, wenigsten die schlimmsten Kürzungen rückgängig machen zu können, eine große Rolle bei der Wahlentscheidung zugunsten der SPD. Gleichzeitig jedoch lebt Schröder autoritäre Gesten aus und gefällt sich offensichtlich in der Rolle des technokratischen Machers. Er versprach, nicht etwa „alles anders“, dafür jedoch „vieles besser“ zu machen. Doch besser für wen?

In den 16 Jahren haben sich bei den oppositionellen Kräften Ohnmachtsgefühle eingestellt. Die jetzt lebende junge Generation hat noch nie Zeiten eines Zuwachses an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit gesehen, noch nie große positive Erfahrungen gemacht, noch nie „Siege“ erlebt. Dies kann sich jetzt ändern, das muß aber nicht so sein. Alles hängt davon ab, daß Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, antimilitaristische und antifaschistische Bewegungen ihre Interessen und Forderungen aktiv an die neue Regierung herantragen. Nichts wäre falscher als zu glauben, alles liefe jetzt von alleine.

Dies gilt auch für die Fortsetzung des Kampfes gegen die neofaschistischen Parteien, die, wenngleich sie nicht in dem Bundestag und in dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen konnten, doch z.B. im Land Bremen ihre Stimmenzahlen und Prozentanteile leicht verbessern konnten.

Für folgende Ziele wird sich die VVN-BdA einsetzen, selbstverständlich und wie immer gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften:

- Rücknahme der Kürzungen und eine aktive Umverteilungspolitik von oben nach unten.
- Eine Demokratisierung des Staatsbürgerrechts und eine Asylpolitik, die diesen Namen verdient.
- Beendigung der staatlichen Förderung von Revanchistenverbänden.
- Behandlung der neofaschistischen Gruppierungen gemäß GG Artikel 139, also deren Auflösung.
- Beendigung der behördlichen Diffamierung antifaschistischer Gruppen und Organisationen.
- Eine offene, dem antifaschistischen Widerstand gerecht werdende Geschichtspolitik.
- Sofortige Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer der NS-Wehrmachtsjustiz, ZwangsarbeiterInnen und anderer „vergessener Opfer“.
- Eine zivile europäische Friedenspolitik statt des Aufbaus deutscher Offensivstreitkräfte.

Der Landesvorstand

Erneuter Anschlag

Wieder einmal wurde ein Anschlag auf unser Büro verübt. Nach dem 13. Februar (Bombardierung Dresdens) und dem 20. April ist dies die dritte Attacke auf unser Büro. In der Nacht zum 04. September beschmierten Unbekannte, aber offensichtlich neofaschistisch orientierte Täter, Fenster und Türen mit schwarzer Farbe. Es handelt sich um einen Einschüchterungsversuch, da vor dem Büro ein Flugblatt der VVN-BdA lag, das kurz zuvor in großer Zahl an Gröpelinger Haushalte verteilt worden war. Darin wird an die Verbrechen des NS-Regimes erinnert und eindringlich davor gewarnt, neofaschistischen Parteien in den Bundestag zu wählen.

Wir setzen unsere Öffentlichkeitsarbeit selbstverständlich fort.

Der Prozeß gegen „Die Wahrheit“

Bei der Durchsicht von Prozeßakten und Anklageschriften hielt ich unlängst Akten der Generalstaatsanwaltschaft des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in der Hand, einen Entlassungsschein des Arbeiters Wilhelm Imholz aus dem KZ Sachsenhausen und einen Erlaß der Reststrafe für Hermann Becker. Das Hanseatische Oberlandesgericht war doch die Gerichtsinstanz, die 1935 Mitglieder des Reichsbanners, der SPD und der KPD in einer Welle von Schauprozessen zu empfindlichen Zuchthausstrafen verurteilt hatte.

Fünf Monate lang, bis zu ihrer Verhaftung durch die Gestapo im September 1933, versuchten mutige Bremer Kommunistinnen und Kommunisten illegale Zeitungen herzustellen und zu verbreiten, 12 Ausgaben der Zeitung "Scheinwerfer", für den Einheitsverband der Seeleute, Binnenschiffer, Hafentransportarbeiter, und 4 Ausgaben der Zeitung "Die Wahrheit" für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition. Und sie versuchten, Mitgliedsbeiträge zu kassieren, alte Parteistrukturen in der Illegalität zu erhalten, wiederherzustellen oder neu aufzubauen. Sie waren 20-30 Jahre alt, Arbeiter, Handwerker oder Seeleute.

Für ihre Gesinnung verhängte das Hanseatische Oberlandesgericht viele Monate später bis zu acht Jahren Zuchthaus oder Gefängnis. „Nur vorübergehend (habe die Lähmung der Tätigkeit durch Verhaftung führender Funktionäre) die volle Wirkung' gezeigt, erklärte die Anklage.
Am 01.06.1934 erging im Zusammenhang mit dem Prozeß um die illegale kommunistische Zeitung "Die Wahrheit" Anklage gegen 19 der Beschuldigten, u.a. gegen Lina Schwartz, Karl Bolte, August Heidmann, Wilhelm Imholze und Carl Meyer. Ihnen wurde vorgeworfen, „vorsätzlich unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art öffentlich aufgestellt und verbreitet zu haben". Das Verbrechen wurde „hochverräterisches Unternehmen" genannt. „Die in den Zeitungen aufgestellten Lügenmeldungen sind nicht nur geeignet gewesen, Ansehen und Würde der Regierung schwer zu schädigen, sie haben darüber hinaus auch zu einem schweren Schaden für Reich und Regierung geführt. Die im Ausland und Inland betriebene Hetzkampagne gegen die Regierung des neuen Deutschlands ist durch diese Hetzarbeit genährt worden.

Umfangreiche Abwehr- und Überwachungsmaßnahmen sind notwendig geworden, so die Anklage.

Am 15. Dezember 1936 erging Anklage gegen die Arbeiter Hermann Becker und Heinrich Bohnen. Auch sie wurden beschuldigt, zur Vorbereitung ihres ‚Hochverrats' „einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten". Besonders strafwürdig erschien der Staatsanwaltschaft, daß Hermann Becker wie auch Heinrich Bohnen nach der Machtübertragung 1 ½ Jahre lang als Unterkassierer für KPD und Rote Hilfe Beiträge gesammelt und abgeführt hatten. „Die Tätigkeit des Beschuldigten Bohnen, der die erhaltenen illegalen Zeitungen weitergab, war außerdem darauf gerichtet, durch Verbreitung dieser Schriften die Massen zu beeinflussen". Hermann Becker wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die Strafe nach einigen Monaten ausgesetzt, da sich der Generaldirektor der AG Weser, Franz Stapelfeldt, im März 1937 für seine sofortige Entlassung und Weiterbeschäftigung bei der AG Weser einsetzte.

Raimund

So wurde das Nazigold verschleiert

Vor Jahren begannen die Organisationen der Opfer des Holocaust, über den Verbleib des Vermögens ihrer ermordeten Angehörigen nachzuforschen. Dazu zählten Bargeld und Vermögen aus Versicherungen, Schmuck und Zahngold.

Da begriffen die Herren der Deutschen Bank, auch ihre Bank wird in die Schußlinie geraten. Kurz entschlossen wurde eine Historikergruppe eingesetzt. Diese hat nun herausgefunden: „Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, hat nichts von dem Nazigold gewußt."

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellte dazu fest: „Abs wußte wahrscheinlich Bescheid." Und nach Meinung von Ignatz Bubis sei Abs wahrscheinlich nach 1945 Teil eines Verschweigens des Holocaust gewesen. Das kann man wohl sagen, denn H.J. Abs war als Mann der Deutschen Bank einer der Berater von Konrad Adenauer.

Ein Blick zurück: Nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad 1943 ließen die Herren der Banken und Industrie das Ziel der deutschen Weltherrschaft fallen. Ein Europakreis beim Ministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion wurde 1943 eingerichtet.

Neben H.J. Abs, dem Vorsitzenden der Deutschen Bank, befaßten sich weitere Herren, maßgebend die der Banken und Konzerne, mit der Einheit Europas unter leitender Beteiligung Deutschlands. Diese Gedanken griff der Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen auf, der von Karl Blessing geleitet wurde. Dieser war 1. Vorsitzender der Contentinale Öl AG.

Alle Institutionen hatten Einfluß und Kontakte zu Banken und Konzernen selbst im „feindlichen" Ausland. Die Reichsgruppe Industrie richtete ein Institut für die Nachkriegsplanung ein. Dieses richtete eine Gruppe Industrieforschung ein, in dem Ludwig Erhard den Auftrag hatte, eine Strategie für die Verhinderung eines zweiten November 1918 zu entwickeln. Auch die SS-Führung hatte sich mit Plänen für die Nachkriegszeit befaßt. Der SS-Obersturmführer Otto Ohlendorf und Franz Heyder wurden als Staatssekretäre in die Regierung befördert, weil sie sich ebenfalls mit Plänen eines Europas nach dem Krieg befaßt hatten. Diese zwei SS-Führer haben nicht überlebt. Ohlendorf wurde wegen seiner Kriegsverbrechen gehangt.

Der größte Teil der Herren der Banken und der Industrie hat schon. Abs wurde beim Bundeskanzler Adenauer Finanzberater und Ludwig Erhard wurde Minister für Wirtschaft. Nach den Bundestagswahlen von 1953 wurde K.M. Globke (der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze) Staatssekretär bei Adenauer. Außerdem wurden nach der Bundestagswahl von 1953 alle Staatssekretäre ausgetauscht und „bewährte Fachmänner" des Naziregimes eingesetzt. Damit bekam die Staatsdoktrin des Naziregimes („Gegen den jüdischen Bolschewismus") neuen Aufschwung.

Willy

Geld für die „Grauen Wölfe“

Der Ausländerausschuß der Stadt Bremerhaven hat eine Veranstaltung der „Türkischen Familienunion" bezuschußt. Daß es sich dabei um eine Untergruppierung der „Grauen Wölfe" handelt, will keiner gewußt haben. Auch den Vertretern des Ausschusses, die das „Fest" besuchten, seien keine extremistischen Tendenzen offensichtlich geworden. Ob es Ahnungslosigkeit war oder nicht: Auf jeden Fall muß sich der Ausländerausschuß die Häme des „Republikaners", des Sprachrohres der Reps, gefallen lassen.

Gerold

Tätig werden für eine andere Politik

Weit über 50 Teilnehmer gedachten am 13. September 98 der 1943 an den Fleischerhaken in Plötzensee erhängten Antifaschisten. Willy Hundertmark erinnerte eingangs die Zuhörer im Alter zwischen 16 und 91 an den Sturz der Regierung der Volksfront in Chile vor 25 Jahren. Die Gedenkfeier wurde begleitet von Gedichten Bertolt Brechts, vorgetragen durch Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen. Die hervorragende Auswahl dieser Gedichte unterstrich auf eindringliche Weise das Anliegen der Sprecher ("An die Nachgeborenen", "Der Kalbermarsch", "Die Hoffenden").

Walter Franke war es ein persönliches Anliegen vor den Grabhügeln der 1367 Getöteten, der Ereignisse des September 1943 in Plötzensee zu erinnern - der 360 Menschen aus den okkupierten Ländern Europas, KZ und Arbeitslagern, die in drei aufeinanderfolgenden Nächten durch das verbrecherische faschistische System zu Tode gebracht wurden. Ins Visier - so Walter Franke – gerieten zwangsläufig alle die oder kaserniert werden wollten, die sich nicht ins Kollektiv pressen ließen. Terror und Gewalt nicht zu vergessen, war nach der Befreiung vom Faschismus das gemeinsame Anliegen der Verfolgtenverbände über alle Grenzen hinweg. Zu diesem Zwecke wurde der zweite Sonntag im September zum gemeinsamen Gedenktag des Mahnens gegen das Vergessen erklärt.

Wegsehen und Angst beförderten das Dulden und Mitmachen in der Bevölkerung und tun das auch heute. Nur mit Kopfschütteln - so Walter Franke - könne man auf die Untersagung jeglicher Äußerungen allgemeinpolitischer Art für Studentenausschüsse reagieren. Beängstigend empfinde er, daß Polizei, Bundesgrenzschutz und Geheimdienste jede/n ohne Tatverdacht durchsuchen könnten. Nachdem die Wohnungen auch schon von allen Seiten durchsichtig gemacht wurden, ist jetzt das Kirchenasyl, die letzte Zuflucht im abendländischen Raum ein Dorn im Auge solcher Totalkontrolleure. Das habe es selbst unter dem preußischen Landrecht zu Zeiten Friedrichs II. (vor mehr als 220 Jahren - d.V.) nicht gegeben.

Gegner der auch in der Bundesregierung umstrittenen Atomtransporte würden als feindliche Demonstranten erfaßt und verunglimpft. Ihnen werde das Recht auf Widerstand (im Grundgesetz bei Einführung der Notstandsgesetze 1968 als Zugeständnis an die Opposition verankert - d.V.) strikt abgesprochen.

Viele hätten heute vergessen, daß Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler nicht mehr hätten leben, schreiben, arbeiten, forschen können, hätte es (für sie) kein Asyl in den Niederlanden, der Türkei, USA, Skandinavien, China und Rußland gegeben. Sie wären ermordet worden, weil sie Gegnerschaft gegen den Ungeist geübt hatten. Beschämend sei es, daß für viele NS-Opfer Rehabilitierung und Entschädigung unterblieb oder verweigert werde, für Deserteure, Homosexuelle, jüdische Mitbürger, Zwangsarbeiter, insbesondere aus den osteuropäischen Ländern. Schäbig sei auch die Beschränkung der Entschädigung auf 7.500.- DM für Härtefalle. Die Art und Weise, wie mit dem geplanten zentralen Mahnmal in Berlin für die ermordeten Juden umgegangen worden ist, egal, wie spätere Entscheidungen fallen werden, spricht für sich und zwingt uns förmlich, unsere Sinne in alle Richtungen wachzuhalten. Der Erhalt der vielen anderen Stätten von Folter (Bergen-Belsen, Buchenwald, Theresienstadt, Auschwitz, Plötzensee, Esterwegen, Bunker Valentin/Farge) ist so selbstverständlich, daß er außer Frage stehen sollte!

Für die Arbeitslosen im DGB sprach Klaus Neumann. Stellvertretend für die 360 in Plötzensee ermordeten Antifaschisten nannte er den tschechischen Schriftsteller Julius Fucik. Aus seinen 1941 in der (damals illegalen) Rude Pravo veröffentlichten Artikeln hob er seine Zuversicht hervor, daß die Menschen einmal nicht dem Schrecken der Ausbeuterordnung preisgegeben sein würden. Anhand der Kurzzeitverträge bei Daimler-Benz zeigte er die lähmende Angst Vieler auf, von der Arbeit ausgeschlossen zu werden. Diese Angst führe dazu, daß sich nur wenige an den monatlichen Demonstrationen gegen die Arbeitslosenpolitik der Bundesregierung beteiligten. Die Parole "Arbeit (nur) für Deutsche" führten auch die Faschisten, auch wenn in Bremen ihre Plakate nicht so sichtbar seien wie anderwärts. Mancher Politiker, auch in Niedersachsen, müsse sich fragen lassen, weshalb sich die Faschisten von ihm (mit)vertreten fühlten und seine Kandidatur unterstützen. Der Antifaschismus müsse stärker ins Bewußtsein der Belegschaften gebracht werden. Alarmierend sei, daß 32% der jungen Gewerkschafter sich vorstellen könnten, auch faschistisch zu wählen.

Zum Abschluß der Gedenkveranstaltung dankte Willy Hundertmark allen Beteiligten und forderte, sich nicht mit einer anderen Regierung zu begnügen, sondern für eine andere Politik tätig zu werden. Mit dem Lied der Moorsoldaten wurde die Veranstaltung beendet.

Raimund

Duldung durch DVU

Vor zwei Wahlperioden schafften es in Bremerhaven die Grünen, daß die Schwule Aktion Bremerhaven (SAB) von der Stadt mit 3.000 DM unterstützt wurden. Der Ausschuß für Arbeit, Soziales und Senioren der Stadt Bremerhaven waren sich fast einig, das dies auch weiterhin so sein soll. Dies war der CDU und dem AFB (Arbeit für Bremen und Bremerhaven) ein Dorn im Auge. Die Summe sollte auf läppische 600 DM zusammengestrichen werden. Da Stimmengleichheit im Stadtparlament herrschte durfte die DVU das Zünglein am Abzug spielen. Die SAB ging leer aus. CDU und AFB konnten auf die Stimmen der DVU zählen. Beide Male stimmten die dagegen.

Nennt sich das jetzt „Braune-Hände-Kampagne"? Jetzt werfen sich Grüne und CDU vor, der jeweils andere hätte einlenken müssen.

Gerold

Der „Verein Deutscher Studenten“ in Bremen

Seit einiger Zeit wirbt an der Uni Bremen ein „Verein Deutscher Studenten (VDSt)“ mittels Freibier und der Parole *„Ihr habt alle gefickt - Wir auch“* um männliche Mitglieder. Die Fotos auf den Internet-Seiten der heute an 43 Universitätsorten zu findenden VDSt lassen keinen Zweifel daran, daß sich hier eine waschechte „Burschenschaft“ an der Bremer Uni breit machen möchte: Da wird mit Säbeln, Schärpen und Mützen strammgestanden, bis man im Bierrausch unterm Tische liegt. Da werden Mitglieder „gekeilt“, d.h. durch verlokkende Angebote (Erwerb von Beziehungen, billige Zimmer, Kumpanei, Zonen frei von weiblicher Konkurrenz) geködert. Und nicht zuletzt darf man hier politische Dinge sagen, für die man an Universitäten immer noch eher schräg angesehen wird.

Aus: Frankfurter Rundschau

Doch lohnt sich als erstes ein Blick auf die Geschichte der „Vereine Deutscher Studenten“ und deren Dachverband VVDSt („Verband der Vereine Deutscher Studenten“), die im unübersichtlichen Milieu der „Verbindungen“ und „Burschenschaften“ einen besonderen Platz einnehmen, nämlich (zusammen mit einigen anderen) den am weitesten rechts angesiedelten. Sein Gründungsimpuls war der bürgerliche und studentische Antisemitismus des frühen Kaiserreiches. Die ersten VDSt gingen aus dem „Berliner Antisemitismusstreit“ von 1880 hervor, als in einer breiten Kampagne versucht wurde, Juden den Zugang zu Universitäten und anderen Einrichtungen zu verlegen. (Der 20jährige spätere Bremer Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde agierte damals als entschiedener Gegner dieser Kampagne.)

Rassistischer Antisemitismus und Großdeutschlandambitionen wurden zum Kennzeichen der VDSt, die folgerichtig die Weimarer Republik von Anfang bis Ende bekämpften. So erklärte ihr Verbandstag 1919: *„Wir erblicken besondere Aufgaben (...) in der Bekämpfung der heute überwuchernden rassenfremden und undeutschen Einflüsse im deutschen Volke“* und in seiner Zeitschrift „Akademische Blätter“ im Juni 1932: *„Wir wollen das Dritte Reich, wir wollen es mit allen Deutschen und für alle Deutschen“*. Wenig erstaunlich, daß aus dem VDSt 1936 der „Reichsstudentenführer“ Dr. med. Gustav Adolf Scheel hervorging, der bis zum Gauleiter und „Höheren SS- und Polizeiführer“ in Salzburg aufstieg oder auch Ottmar von Verschuer, ein *„hochrangiger Rassehygieniker des Dritten Reiches und Vertrauter des KZ-Arztes Mengele“*, wie es in einem Vortrag eines heutigen VDSt-Autors heißt.

Das waren also die ziemlich schlechten Karten der VDSt im Mai 1945. Die insgesamt reaktionäre Rolle der Verbindungen war nach 1945 so offensichtlich, daß sie von den Alliierten schlicht verboten wurden, so von den Amerikanern noch am 14.3.1947 unter Hinweis auf ihren „nationalistischen, reaktionären oder paramilitärischen Charakter“. Doch an solche Erkenntnisse wollten Adenauer und Co. bekanntlich nicht gern erinnert werden und so kam es, daß nach und nach wieder Verbindungen zugelassen wurden und auch die mit am tiefsten in den Nazismus verstrickten VDSt.

Selbstverständlich distanziert man sich in den heute aktiven VDSt vom Antisemitismus, auch wenn man für die frühere Verbandsgeschichte immer wieder Relativierungen findet und sich zu einem Schuldbekenntnis nicht durchringen mag. Die VDSt, auch der Bremer, halten sich bedeckt, was ihre Ziele angehen. Man wolle sich *„kritisch mit politischen, sozialen und kulturellen Fragen auseinandersetzen“*.

Was mag das angesichts einer solchen Verbandsgeschichte heißen? Wie kommt es zu der Vorliebe für die Farben Schwarz-Weiß-Rot, der Verbandseinteilung in *„Gaue“*, der Sprachregelung *„Mitteldeutschland“* für die neuen Bundesländer und der Begeisterung für „Preußen“? Was machen VDSt in Österreich, Ungarn und Dänemark und worauf lassen Bezeichnungen wie „VDSt Königsberg - Mainz“ oder „VDSt Breslau-Bochum“ schließen?
Dem „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ (Berlin 1996) gilt der VVDSt als nach wie vor „völkisch ausgerichtet“, wobei ein Schwerpunkt in der „Volkstumsarbeit“ bestehe. Zahlreiche Funktionäre des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) seien aus den VDSt rekrutiert worden.

In einer „deutschlandpolitischen Erklärung“ ließ sich der VVDSt 1986 herab, den *„derzeitigen neutralen Status Österreichs“* anzuerkennen, um jedoch ungeniert von Österreichern als *„Volksdeutschen“* zu sprechen. Die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ war damals jedenfalls erfreut über diese *„vernünftigen politischen Thesen“*, die *„jeder Nationaldemokrat sofort unterschreiben“* könne. (Oktober 1986)

Die letzten Studierendenratswahlen der Uni Bremen, wo eine konservative Liste stärkste Fraktion wurde, die allgemeine Rechtsentwicklung auch unter Studierenden und der Mangel an anziehenden linken Listen lassen nichts Gutes erwarten.

Thomas (AG Neofaschismus)

Postgewerkschaft gegen Rechts

Halle (ADN). Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) hat Bund und Länder aufgefordert, die Verbreitung von fremdenfeindlichen Postsendungen gesetzlich zu verbieten.
Ein Verbot dieser Sendungen sei ein dringend notwendiger Schritt, sagte der DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren am Freitag in Halle vor Journalisten. Die rechtsextremistische DVU habe bislang im Bundestagswahlkampf über 16 Millionen Propagandaschriften bei der Post AG zur Zustellung angeliefert. Allein auf Ostdeutschland entfallen laut van Haaren 13,5 Millionen Sendungen.

Die Gewerkschaft protestiere dagegen, daß die Beschäftigen 16 Millionen mal dazu mißbraucht würden, die fremdenfeindlichen Sendungen an bundesdeutsche Haushalte zu verteilen. Van Haaren sprach von einer «Instrumentalisierung der Postbeschäftigten» durch die rechtsextremistischen Parteien.

Berliner Zeitung vom 11.09.1998

Der Gauweiler des Nordens

Diesen Titel hat sich der Innensenator von Bremen, Ralf H. Borttscheller (CDU), redlich verdient. Nicht genug, daß er den Kurdisch-Deutschen Solidaritätsverein verbieten ließ, wobei so schlimme Sachen wie Landkarten von Kurdistan sichergestellt wurden und die Bremer Evangelische Kirche diffamierte, weil sie mehrere Veranstaltungen zum Thema "Kurdistan" abhielt. Er betreibt zudem mit größter Energie die Abschiebung Abass A. nach Togo. Selbst eine Anfrage von Roman Herzog, ob es nicht noch eine Möglichkeit gäbe, die Abschiebung zu verhindern bzw. zu verschieben, ließ ihn kalt. Der Menschenrechtsaktivist Wieland von Hodenberg hatte Herzog eingeschaltet. Die Schulklasse von Ibrahim A. hat für das Verbleiben von Ibrahim gekämpft und sogar dafür einen Preis vom Senat erhalten. Die Borniertheit Borttschellers war sicherlich mit ein Grund, den Preis samt Geld wieder zurückzugeben. Der Innensenator mußte letztendlich doch noch nachgeben. Das Ausländeramt hat letztendlich einem Asylfolgeantrag für den Jungen zugestimmt.

Mitte März präsentierte ein hämisch lächelnder Borttscheller die Kriminalstatistik 97 mit der Bilanz: „Bremen ist sicherer geworden." Die dargelegten Zahlen sagen etwas ganz Anderes. Gerade die Gewalttaten haben trotz drastischer Aufrüstung der Polizei zugenommen. Die "Aktion Sicherheitsnetz", also der Einsatz von BGS-Beamten als Zusatz-Sheriffs ist doch eine reine Beschäftigungsmaßnahme. Das Konzept von "No Tolerance – Keine Toleranz" muß als gescheitert angesehen werden. Denn die Borttschellersche Maxime "Staatliche Gewalt statt staatliche Fürsorge" kann nicht funktionieren. So hat das Verwaltungsgericht die von Ralf H. Borttscheller massiv vertretenen, rassistischen Durchquerungsverbote, "No-go-areas" genannt, die vor allem für dunkelhäutige Flüchtlinge galten, als rechtswidrig erklärt.

Anfang August hetzte er gegen die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" und diffamierte sie als "systemfeindliche Krawallmacher". Als sich dann die Ausländerbeauftragte von Bremen, Dr. Dagmar Lill, schützend vor die Organisatoren der Karawane stellte, griff er sie mit den Worten an: *„Es trägt nicht zur Ausländerintegration bei, wenn die Ausländerbeauftragte sich mit Autonomen, der PDS und dem PKK-Umfeld in ein Boot setzt."* Es ist mir neu, daß sich Borttscheller jemals für die Ausländerintegration interessiert hat. Jeder Muslim scheint für ihn ein potentieller Terrorist zu sein, wie seine meines Erachtens unqualifizierten Bemerkungen während der Islam-Woche zeigten.

So sagte er 1991 in einer Pressekonferenz, damals noch innenpolitischer Sprecher der Union: *„Die Politiker, die Bremen zu einem Asylanten-Paradies (!) gemacht haben, sind die eigentlichen Schlepper."* Folgerichtig forderte die CDU dann auch *„Schluß mit der Bremer Asylpolitik!"* und meinte *„Bremen und Bremerhaven leiden unter der Asylantenflut. Wohnungsprobleme, Belästigungen, Kriminalität und Drogenhandel sind die Folge."* Außer der CDU und DVU hat niemand Beifall geklatscht. Allerdings teilten sich die Wege beider Parteien wieder, als es hieß: *„Wer die Asylantenflut stoppen will, muß CDU wählen."* (Christoph Butterwege u.a. in: Rechts-Extremisten in Parlamenten - Forschungsstand - Fallstudien - Gegenstrategien. Seite 109) Angemessen schreibt Prof. Dr. Walter Franke, Landesvorsitzender des Reichsbundes Bremen, in einem Leserbrief: *„Das Trümmwrak an der Spitze des Bremer Innenressorts sucht sich immer neue Frontlinien, um seine «totalitär» wirkende Machtausübung öffentlich vorzuführen. Jetzt ist man bei (...) Frau Dr. Dagmar Lill angelangt."* Die Worte von Frau Lill, Borttscheller selber sei der "systemfeindliche Krawallmacher" dürfte große Zustimmung finden.

Gerold (AG Neofaschismus)

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Geb.-Datum

Beruf

Bremen, den

Unterschrift

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Vorträge

Ernst Klee:

Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer

Am 20 August 1947 endete in Nürnberg der sogenannte Ärzteprozeß. Angeklagt waren Mediziner, die in der Nazi-Zeit Menschen wie Laborratten behandelt hatten. Ernst Klee, Autor des Standardwerkes *»Euthanasie« im NS-Staat*, schildert Karrieren von Medizinern, die Patienten, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge zu Menschenversuchen mißbrauchten und nach 1945 unangefochten (wieder) angesehende Universitätskatheder bzw. lukrative Chefsessel von Pharmaunternehmen übernahmen. Klee belegt, daß die Elite der deutschen Medizin von den Verbrechen wußte oder gar beteiligt war.

Hans Hesse:

Augen aus Auschwitz

Die gebürtige Bremer Biologie-Lehrerin Dr. Karin Magnussen verfaßte während der NS-Zeit nicht nur einen Bestseller mit dem Titel *Bevölkerungs- und Rassenpolitisches Rüstzeug* – sie forschte auch im Auftrag der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin während des II. Weltkriegs über verschiedenfarbige Augen. Nach 1945 kehrte sie nach Bremen zurück und unterrichtete fortan an verschiedenen Bremer Gymnasien. Der Autor zeichnet die kurze wissenschaftliche Karriere Dr. Karin Magnussens nach.

Veranstaltungsort:
Mittwoch, den 21. Oktober 98 um 20:00 Uhr im »Haus im Park« auf dem Gelände des ZKH-Ost
Eintritt: 8,- / 5,- DM

Neofaschismus und Antifaschismus im Wahlkampf

Der Bundestagswahlkampf ist vorüber, doch er hat Folgen auch über den September hinaus. Er gab den neofaschistischen Wahlparteien, insbesondere NPD, DVU und REPs Gelegenheit, in Bremen neofaschistische Propaganda in einem Ausmaß wie schon lange nicht mehr zu verbreiten. Durch Radio- und Fernsehspots, Plakate, Aufkleber und Hauswurfsendungen appellierten sie an dumpfe Vorurteile und niederste Instinkte. Der Konkurrenzkampf am rechten Rand endete ohne klares Ergebnis, doch legt ein Vergleich der Wahlkampfführung nahe, daß die NPD derzeit die aggressivste neofaschistische Partei ist. In zeitlichem und örtlichen Zusammenhang mit NPD-Plakatierung wurden reihenweise SPD- und insbesondere PDS-Plakate zertreten oder mit Parolen und der Aufschrift „NPD" übermalt. Der Auftritt von Gregor Gysi in Bremerhaven wurde von NPD-Mitgliedern gestört. Buchstäblich ins Visier geriet der SPD-Kandidat Volker Kröning, dessen Bilder in Horn-Lehe mit Schießscheiben (auch als „Keltenkreuz" lesbar) übermalt wurden. Antifaschistische Plakate und Aufkleber wurden mit Hakenkreuzen beschmiert, das Büro der VVN-BdA erneut angegriffen. Mit Aufschriften wurde gedroht „die Antifa" zu „zerschlagen".
Ein nicht unerheblicher Teil der neofaschistischen Hetzparolen landete erfreulich schnell im Dreck oder der Mülltonne. Über diese gesunde Reaktion hinaus kam es zu mindestens drei größeren parteiungebundenen antifaschistischen Aktionen: Als erstes ist die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" zu nennen, die von Bremen ihren Ausgang nahm. Als zweites wehrten sich Postler energisch dagegen, DVU-Post auszuliefern. Und als drittes unternahm es die VVN-BdA, einen Stadtteil (Gröpelingen) einen Monat lang "zu bearbeiten". Dazu verteilte ihre Mitglieder nahezu flächendeckend Flugblatter (10.000 Stück), setzten mit Aufklebern und Plakaten optische Akzente und waren mit eine Reihe auffallender Infostände ansprechbar.
Die Erfahrung einer eigenen „Offensive" war für uns als VVN-BdA wichtig, ergaben sich doch zahlreiche Kontakte und eine erhöhte Mobilisierung in den eigenen Reihen.

Die Wahlen zum Europaparlament und zur Bürgerschaft stehen bereits im Mai und Juni nächsten Jahres an. Sie bieten den neofaschistischen Wahlparteien günstigere Umstände, denn es ist für sie zum einen leichter „Proteststimmen" zu sammeln, bzw. in einem Stadtstaat zu agieren. Wir sollten also einen langen Atem haben und die Zeit nutzen und Antifaschismus zur Alltagssache zu machen.

Thomas (AG Neofaschismus)

Geschichtsschleier muß weg!

In dem unter dem Kürzel "OHZ" bekannten Städtchen, hat es im "Sommerloch" einen heftigen Streit gegeben. Glücklicherweise ist dieser Streit in Leserbriefen ausgetragen worden. Diese Briefe wurden mir nun übermittelt. Zunächst wurde darüber gestritten, ob ein Einundneunziger ideologiefrei über seine Lebenserfahrungen an einer Schule erzählen könne. Dann gab es einen Streit darüber, ob Bündnis 90/Die Grünen und die SPD im Ritterhuder Parlament die Benennung einer Straße nach dem im Oktober 1977 ermordeten *Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)*, Hanns-Martin Schleyer, ablehnen dürfen. Wo kämen wir denn hin, wenn Parlamentarier nicht nach ihrem Gewissen entscheiden würden.

Meine Meinung zum Problem "Schleyer" ist die: Mit Mord wird kein Problem gelöst. Das Hitlerregimes hat Millionen politische Gegner und rassisch Verfolgte getötet, und damit kein "Problem" gelöst. In diesem Regime hat H.-M. Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227 014) eine tolle Karriere gemacht. Er war als SS-Führer von 1941 bis 45 Leiter des Präsidialbüros im Zentralverbandes der Industrie für Böhmen und Mähren. Diese Karriere hat er in der Bundesrepublik fortsetzen können, weil die Westzonenpolitiker schon 1946 nach Fachleuten gerufen haben. Als der Präsident der USA vergaß, daß er in Potsdam unterschrieben hat, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln, gab er Marshall grünes Licht, 550 Millionen Dollar in die Westzonen zu pumpen. Damit wurden noch mehr Schleyer gebraucht. Dazu wurde im Grundsatz-Programm des DBG von 1963 festgestellt: In der Bonner Republik sind die alten Besitz- und Machtverhältnisse wieder hergestellt. Das gilt noch heute. Damit war und ist die "richtige" Politik vorgegeben. Dies zu verändert, benötigen wir eine Menge Kraft, um die Frauen und Männer zu überzeugen. Der Geschichtsschleier ist zu zerreißen.

Willy

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com

Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 19:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/8112 62.

Mitgliederöffentlich trifft sich montags

der Geschäftsführende Vorstand

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag

von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Korrektur

Im letzten BAF ist uns bei der Auflistung der neuen Beitragssätze ein Fehler unterlaufen. Richtig muß es lauten:

Ohne Einkommen	3,- DM
Geringes Einkommen	5,- DM
Bis 1.500 DM Netto	8,- DM
Bis 1.750 DM Netto	10,- DM
Bis 2.000 DM Netto	15,- DM
Bis 2.500 DM Netto	20,- DM
Bis 3.000 DM Netto	25,- DM
Über 3.000 DM Netto	1% vom Netto Einkommen

Geburtstage im Oktober 1998

Raimund Gaebelein	10.10., 51 J.
Helmut Peters	18.10., 75 J.
Ernst Uhl	27.10., 66 J.
Heinrich Hannover	31.10., 73 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand